

Zur aktuellen Rolle von Nachfragepolitik

Karl Mai - Halle, den 31.3.99

Inhaltsübersicht

Vorbemerkung

1. Zur spezifischen Nachfragefunktion in der Volkswirtschaft

- 1.1. Grundsätzliches**
- 1.2. Disparitäten zwischen Angebot und Nachfrage**
- 1.3. Zur Struktur und Höhe der Gesamtnachfrage**
- 1.4. Zum Effekt der Verteilung auf die Endnachfrage**
 - 1.4.1. Reproduktion des Sachkapitalvorschusses
 - 1.4.2. Lohn- und Gewinnquote
 - 1.4.3. Wirkung der sekundären (Um-)Verteilung

2. Zur aktiven Nachfragepolitik

- 2.1. Fiskalische Nachfragepolitik durch Staatsausgaben**
 - 2.1.1. Grundsätzliches
 - 2.1.2. Zur statistischen Staatsverschuldung
- 2.2. Nachfragepolitik über Umverteilung**
 - 2.2.1. Direkte Steuern und Abgaben
 - 2.2.2. Indirekte Steuern
 - 2.2.3. Gesamteffekt von Steuer- und Abgabenänderungen
- 2.3. Nachfragepolitik über Lohnpolitik**
- 2.4. Nachfragepolitik über Geldpolitik**
- 2.5. Fazit zur aktiven Nachfragepolitik**

3. Lafontaines Interpretation von Nachfragepolitik

Vorbemerkung

Vor dem politischen Abgang *Oskar Lafontaines* steigerte sich das Bemühen von neoliberalen Politikern, eine volkswirtschaftliche Nachfragepolitik generell abzuqualifizieren. Typisch hierfür die Ausführungen von *Dr. Solms* im Bundestag, der sich gegen die "immer wiederholten Betonungen einer nachfrageorientierten Politik" wandte und von "vulgärem Keynesianismus" sprach.¹

Dies rechtfertigt, jene *innere Logik* von "Nachfragepolitik" näher zu analysieren und eine komplexere, aber auch aktuelle Deutung zu versuchen, die auf elementaren Thesen und Einsichten fußt. Auf die rein historische Rekapitulation von *Dogmen* zur Nachfragetheorie wird verzichtet. Die Betrachtung wird dann bis an jene Schwelle herangeführt, die zum Stichwort "Makroökonomie neuen Typs" hinführt.

1. Zur spezifischen Nachfragefunktion in der Volkswirtschaft

1.1. Grundsätzliches

Marktwirksame Nachfrage ist eine Funktion der Existenz und Dynamik von realer Kaufkraft, die aus verfügbarem Geldeinkommen und/oder disponiblen Geldvermögen der agierenden Käufer resultiert. *Geld* in seiner Funktion als Wertspeicher, Kreditgeld und Währungseinheit ist die Inkarnation der Kaufkraft - Mittler jeden Verbrauchs über den (Güter-)Markt. Seine Existenz erst ermöglicht eine Warenzirkulation vom Produzenten zum Verbraucher.

Von Ersparnissen und Kreditschulden abgesehen, entsteht die reale Kaufkraft immer in enger Abhängigkeit zur Dynamik der aktuellen Einkommensbildung und -verwendung. Diese ist eine Folge der Erzeugung des Bruttosozialprodukts, dessen Verkauf (marktgerechte Realisierung) die Verfügbarkeit über dieses Einkommen erschließt. Die Wertstruktur des Bruttosozialprodukts, darunter die des Nettoprodukts oder Volkseinkommens, bildet die Basis der Einkommensstruktur und der *primären* Einkommensverteilung.

Daraus folgt eine logische Reflexivität von Aggregat der Marktangebote und Summe der aus Einkommen begründeten realen Kaufkraft oder Nachfrage: sie bedingen sich mittelbar wechselseitig. Auf den Gütermärkten ist man als Produzent idealtypisch Verkäufer und Käufer zugleich und verkauft sich die Produkte insgesamt wechselseitig. Das resultierende Einkommen refinanziert Produktion und konsumtiven Eigenverbrauch der Produzenten. Auf dem Arbeitsmarkt ist man Verkäufer der Arbeitskraft und Käufer auf dem Gütermarkt in Höhe des real verfügbaren Arbeitseinkommens.

Die Einkommens*genese* aus der Marktrealisation der Angebote bildet die summarische Stromgröße der realen Kaufkraft für die Nachfrage in reflexiver Bestimmung. Daher ist die Struktur und Höhe der Nachfrage ebenso Vorbedingung wie Folge der Marktrealisation und damit der originären Einkommensbildung. "Es wird produziert und realisiert, was nachgefragt (und bezahlt) wird."

Es ist auch erkennbar, daß kaufkräftige Nachfrage keine von Angeboten losgelöste Funktion auf dem

¹ "Das Parlament", vom 19.3.99, S. 5, Rede von Dr. Solms

Gütermarkt vollzieht, sondern streng logisch eine von Angeboten originär einkommensmäßig generierte und wieder auf Angebote gerichtete. Neue Einkommen entstehen nach Maßgabe der Marktrealisation auf der Basis der Marktangebote.

Soweit *neue* Geldeinkommen nicht unmittelbar der Konsumtion dienen, werden sie (als relativer Einkommensüberschuß) in der Sparform in die Kreditsphäre oder in die Finanzsphäre zwecks Geldkapitalanlage überführt. Deren Rendite folgt den Verwertungsbedingungen auf dem Kapitalmarkt.

Dies zeigt, daß eine Extension der Nachfragefunktion vom Grunde her die Angebotsfunktion auf dem Markt insgesamt einschließt. Eine Friktion der Nachfrage folgt aus jenen (relativ überschüssigen) neuen Geldeinkommen, die in Finanzmärkte abfließen.

1.2. Disparitäten zwischen Angebot und Nachfrage

Dies bedeutet nicht, daß es keine spontanen Disparitäten zwischen den beiden konstitutiven Seiten des Marktprozesses gibt.

Die Transaktionen auf dem Markt (Kauf und Verkauf) sind zwar miteinander verschlungen, aber immer vom Geld vermittelt und daher vom Verwendungsakt desselben geprägt: durch Geld werden Struktur und Höhe sowie Zeit und Ort der Nachfrage relativ verselbständigt und somit stets auch durch subjektive Entscheidungen beeinflusst. Die Bedürfnisbildung und Bedürfnisbefriedigung potentieller Käufer gewinnt speziellen Einfluß auf die kaufkräftigen Marktrealisationen. Interessen oder Bedürfnisse motivieren die selektiven individuellen Käuferentscheidungen.

Durch den Zerfall der Produktaneignung in stets geldvermittelten Verkauf und Kauf entsteht eine marktliche Spontaneität, die letztlich ein Risiko für jeden einzelnen Verkaufsakt und damit für jede Realisation einschließt. Dies manifestiert den Zwang, verkaufen zu müssen um kaufen zu können, jedoch hat der zahlungsfähige Käufer autonome Entscheidungsfreiheit im Vollzug seiner Bedürfnisbefriedigung. Damit entsteht für die Verkäufer ein potentielles Marktproblem: die Ungewißheit im Realisationsprozeß, die auf käuferseitiger Spontaneität und Einkommenslage basiert.

Auf einem idealtypischen Gütermarkt regulieren Angebot und Nachfrage im Wechselspiel über die Preise/Mengen den produktbezogenen neuen Realisationsvorgang der Einkommen in Geldform. Hier bilden Angebot und Nachfrage also *gleichrangige* Seiten einer geldvermittelten Marktrealisation, die neben spontanen Risiken auch zeitlich-sachliche Disparitäten einschliessen.

Dies eröffnet letztlich die Möglichkeit von Marktkrisen, die sich als Stockungen des Produktumschlags gegen Geld äußern, solange die jeweilige Preishöhe keine verfügbare Kaufkraft animiert oder vorfindet. Allerdings hält der inzwischen völlig liberalisierte Import, der praktisch alle handelbaren Gütergruppen umfaßt, das Preisniveau immer unter Wettbewerbsdruck. Volle Preiselastizität der Produkte führt zur Markträumung auf einem Niveau von Gleichgewichtspreisen, die das Realisationsrisiko für den Verkäufer in ein Verlustrisiko wandeln können.

Damit ist folgendes einsichtig: Disparitäten zwischen Angebot und Nachfrage sind der marktlichen Reali-

sation immanent, aber sie lösen sich relativ abhängig vom Preis-/Mengen-Mechanismus auf. Das resultierende Gewinnrisiko für den Verkäufer aber transformiert sich in das Einkommensrisiko für den Käufer, insofern jeder einzelne Verkaufsakt zur direkten Einkommensbildung für potentielle Käufer führt.

Folglich gilt, daß die Stabilisierung der Kaufkrafthöhe durch die Einkommenshöhe immer auch die Stabilisierung der Marktrealisation zur Voraussetzung und zur Folge hat - im fortgesetzten Kreislauf der wechselseitigen Geldeinkommensbildung.

1.3. Zur Struktur und Höhe der Gesamtnachfrage

Die Nachfrage bildet sich aus den Wertbestandteilen des nationalen Bruttosozialprodukts. Binnenwirtschaftlich wird sie korrigiert um die Salden des Geldsparens, der Außenwirtschaftsbilanz, der Kreditausweitung und des Finanzmarktes. Diese Nachfrage umfaßt den privaten Verbrauch der Haushalte, den gesamten Verbrauch der Unternehmen und den Staatsverbrauch aller Verwendungszecke gleichermaßen.

Die Struktur der Nachfrage widerspiegelt dabei die Verbrauchsarten nach konsumtiver und produktiver Endverwendung entsprechend der Marktrealisation der Produkte und der primären Verteilung des Volkseinkommens zwischen Kapital- und Arbeitseinkommen sowie der sekundären staatlichen Umverteilung über die Steuern und Abgaben. Die resultierende Kaufkrafthöhe wird durch Einkommen aus Geldvermögen ergänzt und um Zu- oder Abflüsse von Geldkapital korrigiert.

Die gütermäßige Nachfrage primär über die Kaufkraft zu beeinflussen, also durch Friktion oder Extension der laufend entstehenden Geldeinkommen, funktioniert nur insofern, als Einkommensänderungen selbst einer marktlichen Realisation über die Preise entspringen. Sekundäre Kaufkraftbildung durch mobilisiertes bzw. verflüssigtes Geldvermögen dagegen basiert auf Einkommen von Vorperioden und dessen Verzehr.

Reine "Geldschöpfung" über eine bloße Vermehrung der Zahlungsmittel, der kein *neues* Produktäquivalent gegenübersteht, kann das zum Verbrauch bestimmte existente "reale Volkseinkommen" nicht erhöhen. Ebenso kann eine staatliche Umverteilung durch Steuern und Abgaben das "reale Volkseinkommen" zunächst nicht mindern: die laufende Gesamtnachfrage wird nicht reduziert, sondern vorerst nur umgelenkt bzw. umstrukturiert. Mit solcher Umstrukturierung innerhalb der Gesamtnachfrage werden aber andere Bedürfnisse kaufkraftseitig mobilisiert oder abgedeckt, was letztlich die Struktur der marktlichen Angebote infolge der Mengen-Preis-Anpassung beeinflussen kann und muß.

Unter "realem Volkseinkommen" soll hier das physische Volumen der zugehörigen Produktmasse bzw. des Output der Marktteilnehmer verstanden werden. Die Statistik weist das Volkseinkommen dagegen stets zu laufenden Preisen aus, auf dem jede nominelle Einkommensverteilung basiert.

1.4. Zum Effekt der Verteilung auf die Endnachfrage

Die Nachfrage wird über die Kaufentscheidungen der Geldeinkommensbezieher erst marktwirksam, also die von Kapitaleigentümern oder von lohnabhängig Beschäftigten bzw. sozialen Transfergeldempfängern aus den öffentlichen Kassen.

Die private Kaufkrafthöhe folgt der Höhe der real verfügbaren Masseneinkommen und einer Gewinnverwendung aus Vermögen, von der neuen Ersparnisbildung abgesehen. Die Staatsausgaben werden zum Bestandteil entweder der Masseneinkommen oder des investiven Verbrauchs von Staat und Wirtschaft (über Aufträge oder Subventionen/Fördermittel).

Letztlich ist auch der gesamte Staatsverbrauch voll nachfragewirksam, entweder in investiver oder konsumtiver Endverwendung. Soziale Transfers fließen in der Regel direkt in die Masseneinkommen. Investive Staatsausgaben aber finanzieren die komplexe Infrastruktur (technische, ökologische, soziale, humanitäre usw.) sowie die staatlichen Waffenbeschaffungsprogramme.

Zinszahlungen für Staatsschulden aber erhöhen die Geldvermögen der Anleihegeber (Banken, private Anleger), die über das Kreditsystem zurück in den Wirtschaftskreislauf fließen. Die permanente Staatsschuld wirkt ihrerseits als stabile "Umverteilungspumpe" zugunsten der Renditen der Anleihegeber bzw. Geldvermögensbesitzer und erhöht die „soziale Schieflage“ der hiervon Ausgeschlossenen.

Damit verlagert sich die Betrachtung zur primären und sekundären Verteilung der Einkommensneubildungen und ihrer Wirkung auf die Endnachfrage.

1.4.1.Reproduktion des Sachkapitalvorschusses

Während das vorgeschossene fixe und zirkulierende Sachkapital der Unternehmen sich in Höhe der Sachkosten marktlich reproduziert, wird das realisierte Nettoprodukt zwischen personalbezogenen Kosten bzw. Arbeitseinkommen und Kapitaleinkommen primärverteilt.

Über die Abschreibungen auf das Sachkapital erhält das Unternehmen nach Marktrealisation der Erzeugnisse jenen Teil als Amortisationen zurück, der als Verschleißersatz fungiert. Dieser Teil allein *befähigt* schon die Unternehmen, reine Ersatzinvestitionen nach der Abschreibungsperiode zu tätigen bzw. bis dahin Liquidität (Cash) zu sammeln oder zwischenzeitliche Geldkapitalanlagen zu riskieren.

Diese spezielle "Sparquelle" resultiert originär nicht aus dem Volkseinkommen und dessen Primärverteilung, und sie finanziert den Hauptteil aller Brutto-Investitionen im Maßstab der Volkswirtschaft. Daraus folgt, daß die *Investitionsfähigkeit* der Unternehmen im Hauptteil schon ohne (Netto-)Kapitalgewinne entsteht und eine Kreditfinanzierung nicht zwingende Voraussetzung sein muß.

Eine spezifische Wirkung zeigen gesetzliche Sonderabschreibungen für Unternehmen: sie heben die Amortisationen über den normativen Verschleißgrad, was sich zulasten der Bruttogewinne auswirkt. Damit sinkt die Basis für den abzuführenden Nettogewinn, d.h. es wird eine Verminderung der Steuerlast über Kostenmanipulation erzielt. Dies wirkt zwar stimulierend auf die Investitionsneigung, verleitet jedoch oft auch zu marktwirtschaftlichen Fehlinvestitionen.

Die Netto-Investitionen werden sodann (in Höhe des Eigenmittelanteils) aus den Nettogewinnen finanziert, und sie bezwecken in der Regel Erweiterungsinvestitionen oder hochproduktive Rationalisierungsinvestitionen mit Kapazitätszuwachs. Anteilige Kreditaufnahme und z.T. zusätzliche staatliche Subventionen für Investitionsfinanzierungen sind ebenfalls üblich.

Für die Subventionsfinanzierung durch den Staat gilt indessen, daß sie für die (west-) deutschen Produktionsunternehmen den Umfang der jährlichen abzuführenden Gewinnsteuern aller Unternehmen *weit übersteigt*. Damit ist der Effekt der gegebenen Gewinnbesteuerung staatlicherseits voll kompensiert: diese Umverteilung verbleibt im Unternehmenssektor mit überwiegend investiver Zweckbestimmung.

Zu erwähnen ist noch, daß die Sachkosten für Vorleistungen, Material und Energie sowie Hilfsleistungen aller Art sich ebenfalls reproduzieren und in ihrer Höhe als Teil der Gesamtnachfrage über den Geldkreislauf in den nächsten Produktionszyklus zurückfließen. Die Senkung dieser Sachkosten ist daher eine zusätzliche Quelle von Bruttogewinnen für eine Zeitspanne des relativen Kostenvorteils hieraus. In *Ostdeutschland* bilden z.Z. preislich überhöhte Sachkostenelemente ein Hemmnis für ausreichende Rentabilität im gesamten Wertschöpfungsbereich und zwingen zu rigoroser, aber ambivalenter Rationalisierung.

1.4.2.Lohn- und Gewinnquote

Die marktwirtschaftliche Aufteilung des Volkseinkommens auf eine Lohn- und Gewinnquote (Primärverteilung) übt eine (sozial-ambivalente) konsumtive und gleichermaßen eine investive Abgrenzung auf die Verwendung der resultierenden Geldeinkommen aus. Dadurch bestimmt sie letztlich wichtige Wachstumsvoraussetzungen für die Gesamtnachfrage in spezifischer Weise.

Diese Einkommensverteilung wird aber zusätzlich durch inflationäre oder deflationäre Änderungen im Preisniveau beeinflusst: die *realen* Lohnstückkosten sind davon direkt betroffen. Die Senkung der realen Lohnstückkosten erhöht wiederum die Stückgewinne und damit die Gewinnquote am Volkseinkommen.

Wie die Ergebnisse der marktwirtschaftlichen Primärverteilung von Volkseinkommen zeigen, bestehen zwischen den Lohn- und Gewinnquoten *internationale* Unterschiede und ebenso abweichende Änderungstendenzen.

Für Deutschland ließ sich in den letzten Jahren statistisch ein spürbarer Rückgang der Lohnquote feststellen. Damit engte sich hier jener Teil der jährlichen Masseneinkommen ein, der in den privaten Haushalten als Kaufkraft aus der abhängigen Beschäftigung für Lohneinkommen anfällt. Der beschäftigungslose Teil der Erwerbspersonen bezieht sein soziales *Ersatzeinkommen* vor allem aus der Umverteilung über die staatlichen Transfers, d.h. er belastet insofern nicht die Primärverteilung.

Die fallende Lohnquote reflektierte einen realen Bruttolohnzuwachs, der mehr oder weniger hinter dem Produktivitätsanstieg zurückblieb. Dabei hängt die verfügbare reale Kaufkraft der abhängig Beschäftigten auch hinter einem Produktionszuwachs zurück, der seinen Absatz in Exportüberschüssen suchen mußte.

Die steigende Gewinnquote begünstigte die Bildung privater Geldvermögen außerordentlich, weil diese nicht von einem gleichlaufenden Zuwachs der Netto-Investitionen ins Realkapital absorbiert wurde: sie änderte also nicht die Nachfragestruktur auf den Gütermärkten. Ob konjunkturell oder marktstrukturell bedingt, die steigende Gewinnquote am Volkseinkommen brachte auch den saldierten Arbeitsplatzabbau in der Volkswirtschaft nicht zum Rückgang.

Damit ist gezeigt, daß die Primärverteilung *zugunsten des Kapitals* keine *eineindeutige* Wirkung auf die

aktuelle Investitions*neigung* von Unternehmen ins Realkapital ausüben kann. Die Friktion der Masseneinkommen wirkt hier als gegenläufiger Prozeß.

Schließlich wurde erkennbar, daß die Höhe der Gesamtnachfrage nicht allein aus der Primärverteilung des Nettoprodukts ableitbar ist, sondern sich als Funktion des volkswirtschaftlichen Brutto- und Nettoprodukts über den Wirtschaftskreislauf darstellen muß.

1.4.3. Wirkung der sekundären (Um-)Verteilung

Die staatliche Umverteilung ist ein Mittel zur Finanzierung der Nutzung von öffentlichen Gütern, öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen aller Arten, der öffentlichen Infrastruktur und der Erhaltung von öffentlicher Ordnung und Rechtssicherheit sowie der Gewährleistung der staatlichen sozialen Transfers. Dies reflektiert sich in der Staatsquote, der Steuerquote und der Sozialleistungsquote. Diese Geldmittel fließen somit in die Gesamtnachfrage nach Gütern bzw. Dienstleistungen für konsumtive und investive Endverwendung zurück.

Das Steuer- und Abgabensystem bestimmt sekundär die nominellen Netto-Einkommen und damit auch die nominelle Netto-Kaufkraft. Die staatliche Umverteilung kann die Kaufkrafthöhe aus der Primärverteilung je Einkommensempfänger stark korrigieren und damit eine Ungleichheit der gesamten Distribution erhöhen oder vermindern. Die Steueränderungen können hier nur bezüglich ihrer Effekte auf das kaufkräftige Nachfrageaggregat insgesamt gewertet werden, also ohne alle ihre *spezifischen* sozialen Umverteilungsfolgen.

Die volkswirtschaftliche Gesamtnachfragehöhe auf den Gütermärkten wird von der sekundären Umverteilung *kurzfristig* nicht berührt, insofern sich das laufende Volkseinkommen hierdurch nicht ändert. Aber es verschiebt sich die Nachfragestruktur gemäß den änderbaren Anteilen von privater und öffentlicher Nachfrage und dementsprechender Endverwendung infolge der Netto-Kaufkraftänderungen der sozialen Akteure oder Gruppen. Dies ruft spontane marktwirksame Anpassungsreaktionen hervor, die zu langfristigen Folgewirkungen tendieren können.

Die staatliche Erhebung von *direkten* Steuern und Abgaben fußt auf den nominellen Einkommen aus dem Realkapital (Arbeits- und Unternehmerlohn, Gewinn) bzw. aus Gewerbeeinkommen (Gewerbesteuern), auf den abgabepflichtigen Sozialtransfers sowie auf den Einkommen aus Geldkapitalvermögen (Rendite, Zins), ferner auch auf besteuerten Immobilien oder deren Kauf (Grundsteuern) und Erbvermögensmassen (Erbschaftssteuern). Die staatliche Erhebung von *indirekten* (Umsatz-)Steuern (Mehrwert und Produktsteuern, Öko-Steuern) fußt dagegen auf den effektiven Umsatzpreisen, z.T. in differenzierter Steuersatzhöhe.

Sowohl die direkten Einkommenssteuern als auch die Umsatzsteuern werden international in verschiedenen hohen Hebesätzen erfaßt. Erstere werden z.T. durch Bemessungsgrundlagen oder Sonderabschreibungen modifiziert oder konterkariert. Direkte Einkommenssteuern, Sozialabgaben, Mehrwertsteuern und noch national vorhandene Vermögenssteuern bilden insgesamt einen unterschiedlichen *nationalen Mix* von kombinierten Belastungshöhen. Dies fördert übernationale Kapitalbewegungen in Richtung von noch nutzbaren Steuervorteilen, soweit sich die nationalen Geldeinkommen nicht ohnehin durch Steuerflucht

dem fiskalischen Zugriff entziehen, oder tendiert zum Steuersenkungswettbewerb zwischen Staaten.

Die nationalen Steuer- und Abgabenquoten sind innerhalb der EU deutlich abweichend und außerhalb derselben ebenso. Eine übernationale Angleichung ruft daher echte Finanzierungsprobleme der defizitären öffentlichen Haushalte hervor und greift in Infrastrukturleistungen auf der Ausgabenseite sowie bis in die Sozialleistungen durch.

Vor diesem Hintergrund sind die aktuellen Bestrebungen zu werten, die deutschen Gewinnsteuer- und Körperschaftsteuersätze *weiter* zu senken und die Mehrwertsteuern kompensatorisch zu erhöhen: beides ließe sich z.T. durch eine Angleichung für Wettbewerbsbedingungen im Sinne einer EU-Steuerharmonisierung motivieren.

Allerdings werden die volkswirtschaftlichen Effekte beider hier genannten *Steuerveränderungen* ebenfalls unterschiedlich bis gegensätzlich bewertet und obendrein noch durch eine Überlagerung von tendenzieller Senkung der Sozialabgaben problematisiert. Dazu die nachfolgenden weiteren Detailaussagen.

2. Zur aktiven Nachfragepolitik

Stagnierende oder schrumpfende Binnenmärkte, die sich nicht mehr proportional der Produktionszunahme oder der Kapazitätspotentiale entwickeln, üben stets einen Druck zur Warenrealisation auf den Außenmärkten aus und tendierten zum nationalen Exportüberschuß sowie zu Direktinvestitionen ins Ausland. Die Schaffung eines EU-Binnenmarktes und danach der EWU haben diesen Druck zugunsten eines verschärften Verdrängungswettbewerbs und einer wahren Konzentrationswelle der Unternehmen im inneren Handelsbereich zunächst reduziert.

Gleichzeitig wandelte sich auch die Abgrenzung zum "EU-Binnenmarkt", der EU-intern wuchs und den Hauptteil an der Gesamtproduktion aufnehmen muß. Dies rückt die Frage der ökonomischen Restriktionen auf dem EU-Binnenmarkt in den Blickpunkt, so daß auch deswegen die Interpretation von Nachfragepolitik aktuell bleibt.

Diese Nachfragepolitik richtet sich zwar direkt auf die Erweiterung der Gesamtnachfrage, muß aber die kreislaufbezogenen Wirkungen der Distribution (Primär- und Sekundärverteilung) berücksichtigen und nutzen. Fiskalisch exzessive Verschuldung ist keine Politik, die dieser Anforderung derzeit hinreichend oder allein genügen würde.

2.1. Fiskalische Nachfragepolitik durch Staatsausgaben

2.1.1. Grundsätzliches

Solange der Staat seine Ausgaben konform zu den regulären Einnahmen erhöhte, bestand kaum eine Ablehnung der hierdurch bewirkten selektiven Nachfragewirkung auf die Wirtschaft, die sich im Rahmen der laufenden volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage vollzog.

Dabei wirkte solche Erhöhung über die investiven Staatsausgaben spezifisch und längerfristig auf die

Struktur der Nachfrage zurück und beförderte die positiven Rückkopplungen zum Wirtschaftswachstum (Multiplikator- und Akzeleratoreffekt). Umgekehrt wurde das Wirtschaftswachstum negativ beeinflusst, wenn der Staat überzyklisch oder längerfristig die investiven Ausgaben relativ oder absolut verminderte.

Dieser Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Staatsnachfrage durch investive Haushaltsausgaben führte u.a. zur bundesgesetzlichen Haushaltsregel, daß eine Neuverschuldung des Staates bis zur Höhe seiner investiven Ausgaben akzeptabel sei. Dahinter verbarg sich die begründete Erwartung, daß die Steuereinnahmen aus Wachstumseffekten kompensatorisch anwachsen würden. Allerdings wurde seinerzeit versäumt, die Grundverschuldung danach sofort aus zusätzlichen Steuereinnahmen *zwangsweise* zurückzuführen.

Die Akzeptanz wandelte sich bis zur neoliberalen Anti-Position, als laufend Staatsausgaben bei chronischen Einnahmedefiziten aus Kreditaufnahmen finanziert wurden und sich schließlich staatliche Schuldentürme bildeten, deren Zinslasten zur Schuldenfalle mutierten. Dies erfolgte, als man die defizitäre Haushaltspolitik nicht nur streng im absteigenden Ast des Konjunkturzyklus einsetzte, sondern permanent strukturbedingte Finanzierungslücken des Staates schloß. Entscheidender Impuls hierzu wurde dann durch die Finanzierungsprobleme der deutschen Vereinigung ausgelöst. (Siehe: Pkt. 2.1.2)

Es türmten sich noch höhere kumulative Schuldenstände auf, die eine *Schulden-Zins-Falle* auf Bundesebene und z.T. auf Ebene der Gebietskörperschaften bewirkten: Die Zinslast beanspruchte schließlich mehr als die Neuverschuldung hergab. Hierdurch wurde die Neuverschuldung rechnerisch doppelt belastet: mit Zinsrückzahlungen und mit investiven Staatsausgaben. Der Wachstumseffekt aus investiven Defizitfinanzierungen wurde faktisch zunehmend überfordert.

Das führte zum konservativ-liberalen Ende jeder Tolerierung weiterer extensiver Defizitfinanzierung der öffentlichen Haushalte. Es setzte eine Rückwärtsspirale der Wirkungen aus der unbedingten Reduzierung von Neuverschuldung ein, die bei den investiven und konsumtiven Staatsausgaben ansetzte und zwangsläufig negative Rückkopplungseffekte im Konjunkturtal auf das Wirtschaftswachstum und den Grad der Beschäftigung auslöste.

Die EWU-Bedingungen orientierten stets auf die strikte und vor allem generell *konjunkturunabhängige* Rückführung der öffentlichen Defizite und bildeten hierfür einen Zwangsrahmen. Diesem Zwang können sich die öffentlichen Haushalte aller Ebenen nicht entziehen mit der Konsequenz: jede Extension der Gesamtnachfrage des Staates durch anwachsende Defizite ist EU-seitig limitiert. *Haushaltsumschichtungen* zugunsten investiver Endverwendungen sind zwar im Prinzip möglich, stoßen aber zunehmend an die Grenzen von gesetzlich geregelten Sozialtransfers oder konsumtiver Ausgaben im Personalbereich der öffentlichen Haushalte.

Ganz im Gegensatz zur deutschen Finanz- und Geldpolitik wurde in den letzten Jahren in den USA erfolgreich demonstriert, daß der flexible Einsatz defizitärer Finanzierung im *Konjunkturabschwung* wirksam das Wachstum fördert, solange die Mehreinnahmen auch zur konsequenten Rückführung der Defizite eingesetzt wurden. Hier konnte dann auf Sonder-Konjunkturprogramme sogar verzichtet werden.²

² DIW-Wochenbericht Nr. 12/99, S. 231. Hier findet sich eine ausführlichere Wertung der jüngeren

Diese in den USA praktizierte Variante der staatlichen Nachfragepolitik stellt auf eine flexible Berücksichtigung der Kapazitätsauslastung ab. Setzte man bei niedriger Kapazitätsauslastung mit aktiver Nachfrageförderung ein, blieb ein inflationärer Preisauftrieb unprovziert. Danach wurde bei höherer Kapazitätsauslastung die staatliche Nachfrageförderung wieder abgedrosselt.

Diese Praxis blieb jedoch in der deutschen Öffentlichkeit fast unbeachtet und wurde nicht ernsthaft diskutiert. Sie stellt aber das glaubwürdige und erprobte Gegenstück zur neoliberalen Totalrestriktion der Staatsausgaben dar - die Grundlage der in den USA erreichten Überwindung eines hohen *jährlichen* Haushaltsdefizits durch die kontrollierte Stimulierung des Wirtschaftswachstums.

2.1.2. Zur statistischen Staatsverschuldung

Ergänzend zu den verbalen Argumenten sei hier ein kurzer Blick auf die deutsche Lage zur Staatsverschuldung geworfen. Im Vergleich dazu wird die Höhe der vereinigungsbedingten Netto-Transfers West/Ost mit angeführt.

Jahr	Staatsschuld BRD Mrd. DM kumulativ	Zinslast Mrd. DM jährlich	Netto-Transfers West/Ost Mrd. DM kumulativ
1989	929,0	60,8	-
1990	1.048,8	64,3	-
1991	1.166,0	76,7	106
1992	1.345,2	100,9	220
1993	1.509,2	102,3	348
1994	1.662,1	114,2	474
1995	1.995,9	129,1	614
1996	2.129,3	130,9	754
1997	2.219,1	132,5	890

(Bundesbankbericht Nr. 3/98 Angaben ab 1992; sonst: Hickel/Priewe, "Nach dem Fehlstart", 1994, S. 174/175; BMWi, "Wirtschaftsdaten Neue Bundesländer", Nr. 11/98)

Danach hatte sich die deutsche Staatsschuld nach der Vereinigung rasch erhöht und zwischen 1989 und 1995 bereits mehr als verdoppelt. Allerdings zeigen die Zahlen, daß die Zunahme der Staatsschuld zwischen 1991 und 1997 nicht gänzlich mit den Transferzahlungen West/Ost gleichläuft. Die Folgen der Vereinigung sind jedoch ein wichtiger Faktor bei der Wertung der Konsolidierungsjagd der früheren Bundesregierung zur Erreichung der EWU-Finanzkriterien.

2.2. Nachfragepolitik über Umverteilung

Eine *Erhöhung* von Staatseinnahmen aus Steuern und Abgaben *tendiert* zunächst aus dem Zwang, die öffentlichen Haushaltsdefizite rasch zu reduzieren. Die Wirkung wäre jedoch ambivalent: Das Problem besteht hier darin, jene Grenze nicht zu überschreiten, die zur weiteren Restriktion des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung führen muß. Aus konjunktureller Sicht sollen die verfügbaren Masseneinkommen möglichst nicht weiter gemindert werden. Aus struktureller Sicht ist jedoch zu bezweifeln, daß die künftige Steuerpolitik hiervoor total zurückschreckt, wenn ein kräftiger Konjunkturaufschwung

ausbleibt.

Entgegengesetzte Anstrengungen zur *Senkung* von direkten Steuern und Sozialabgaben resultieren aus dem Bestreben von neoliberaler Politik, die Netto-Gewinne aus dem Realkapital an die Renditen auf den Finanzmärkten anzugleichen sowie die Arbeitskosten (vorwiegend die Lohnnebenkosten) rascher zu senken. Sie sind voll auf die Bildung unternehmerischer Vorteile für den Preiskampf auf Exportmärkten und den Verdrängungswettbewerb in der EWU gerichtet.

Solche Tendenzen mißachten im Grunde, daß der Staat im Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Ausgaben gerade jene Voraussetzungen zu erhalten und zu verbessern hat, die als "Standortfaktoren" vom agierenden Realkapital vorausgesetzt bzw. eingefordert und kostenlos genutzt werden. Der Drang insbesondere nach niedrigsten Gewinnsteuern steht im widersprüchlichen Verhältnis zu den Forderungen der Unternehmen nach Wirtschaftsförderung und öko-sozialen Privilegierungen an die Adresse des "Standortes".

In der Finanzpolitik kreuzen sich somit jene fundamentalen Widersprüche auch der Steuerpolitik, die aus dem Dilemma der Defizitfinanzierung und des übernationalen Steuersenkungswettbewerbs resultieren müssen. Das Problem ist hier, deren Wirkung auf die Gesamtnachfrage der Volkswirtschaft mindestens zu neutralisieren oder positiv zu verändern, um dem Wachstum neue Chancen zu öffnen.

2.2.1. Direkte Steuern und Abgaben

Eine stärkere Belastung der privaten Gewinne durch höhere veranlagte Einkommensteuern sowie analog durch die Körperschaftssteuern würde von vornherein auf den erbitterten Widerstand der Unternehmerverbände und institutionellen Interessenvertreter der Privatwirtschaft stoßen, weil sie als leistungsfeindlich oder wettbewerbsnachteilig hingestellt oder empfunden werden. Man ignoriert, daß die Senkung von Gewinnsteuern in der Kohl-Ära die regulären Haushaltseinnahmen pro Jahr um mehr als 100 Mrd. DM verkürzt hatte.

Immer wieder wird von der Unternehmenseite auf zu hohe deutsche veranlagte Einkommens- und Körperschaftssteuern im internationalen Vergleich verwiesen, ohne die tatsächliche realisierte Steuerquote auf den Gewinn exakt zu zeigen, die insgesamt noch gezahlt werden muß. Vermieden wurde lange Zeit jeder Hinweis auf einen radikalen Abbau von Subventionen im Unternehmensbereich, die ohnehin viel höher sind als alle Gewinnsteuern der privaten Unternehmen insgesamt. Hier soll die "Erhaltung von Arbeitsplätzen" und die "Förderung der Investitionsneigung" zum Argument für die Steuerpolitik genutzt werden, unabhängig vom Anstieg der Gewinnquote am Volkseinkommen.

Eine stärkere Belastung der nominellen Masseneinkommen mit direkten Steuern ist ebenso kein Mittel der Wahl, weil damit Nettoeinkommen und reale Kaufkraft unterer sozialer Gruppen relativ oder absolut sinken und die soziale Schieflage der Distribution insgesamt für die Bevölkerungsmehrheit noch erhöht würde.

Schließlich ist auch die Neuerhebung von Sozialabgaben bei Mindestverdiensten generell nicht geeignet, die öffentlichen Haushalte *insgesamt nachhaltig* zu entlasten, solange damit eine indirekte oder direkte

Rückwirkung auf die Steuereinnahmen nicht kompensatorisch gegeben ist (wie z.B. bei den 630-DM-Jobs).

Die Verfechter weiterer Senkungen von Körperschaftssteuern und veranlagten Einkommensteuern betreiben den übernationalen Steuersenkungswettbewerb, der jedoch alsbald *neue* stabilisierende Vorteile für die deutsche Wirtschaft zur "Erhaltung ihrer Wettbewerbsfähigkeit" verlangen würde. Hier gilt zu beachten, daß das Volumen der staatlichen Subventionen in die Wirtschaft die effektiven Gewinnsteuern der gesamten privaten Wirtschaft längst weit übertrifft: die private Marktwirtschaft kommt ohne staatliche "Infusionen" längst nicht mehr aus. Aber dies ist nicht nur eine Frage der Erhaltung von Beschäftigung und der Verhinderung des sozialen Abstiegs ganzer Regionen, sondern auch eine eminent politische Frage. In letzter Zeit gelangten die Subventionen in die öffentliche Diskussion, allerdings mit ambivalenter Zielsetzung: offenbar sollen "veraltete" Industrien jetzt rascher weiterer Gewinnsteuersenkungen „geopfert“ werden.

Es liegen *keine* statistisch gesicherten Ergebnisse dafür vor, daß eine weitere massive Senkung der Gewinnsteuern in Deutschland die künftigen Einnahmen der öffentlichen Haushalte effektiv steigern könnten. Dies schließt dann ein, daß es hier *keine direkten, exakten* Zusammenhänge zwischen Gewinnsteuersenkungen und volkswirtschaftlicher Nachfrageextension gibt - solange die Mehrgewinne nicht ins Realkapital auf dem Binnenmarkt fließen, sondern in die globalen Finanzmärkte überführt werden, um dort extravagante Renditen zu erzielen.

Jede resultierende Erosion der steuerlichen Staatseinnahmen muß jedoch einen Abbau der Defizite der Staatsfinanzen erheblich verzögern.

2.2.2. Indirekte Steuern

Hier sind insbesondere die Mehrwertsteuern auf Umsätze, Produktionssteuern und Einfuhrabgaben gewichtig. Vorallem die ersteren sind allgemeine Massenverbrauchssteuern, einschließlich der Ökosteuern.

Eine mögliche Erhöhung der Mehrwertsteuern benachteiligt jene Individuen oder Familien mit Niedrigeinkommen, die nicht über effektiven Kaufkraftausgleich aus eigenem Vermögenseinkommen verfügen und letztlich die reale Konsumtion einschränken würden. Über die graduelle Wirkung von höheren Mehrwertsteuern liegen Untersuchungsergebnisse des DIW auch für Einkommensgruppen vor. Danach wäre die Belastung sozialer Gruppen weitgehend gleichverteilt.³ Sie bleibt aber verschieden gewichtig bezogen auf den Anteil zum gesamten verfügbaren Einkommen, und sie nivelliert die Vorteile der unteren Einkommensgruppen bei den direkten Steuern.

Resultierende Mengenänderungen auf den Gütermärkten verändern die künftige Nachfragestruktur der Volkswirtschaft, sofern kein Ausgleich über Exporterhöhung erfolgen kann. Der Druck auf den Binnenmarkt zwecks Mengen/Preisanpassung müßte sich weiter erhöhen.

³ DIW-Wochenbericht Nr. 38-39/96, S. 631

Dennoch ist denkbar, daß eine Mehrwertsteuererhöhung in einer Zeit geringerer Konjunkturflaute oder politischer Widerstandslosigkeit eingeleitet würde: der Drang nach Defizitreduzierungen für öffentliche Haushalte ist übermächtig, die Schulden-Zins-Falle wirkt destruktiv, und selbst eine weitere Senkung von Gewinnsteuern sucht jede Chance nach haushaltstechnischer Kompensation. Letztlich steht irgendwann auch eine EU-Harmonisierung der noch sehr unterschiedlichen Mehrwertsteuersätze an.

Die indirekten Steuern auf den Energieverbrauch (Ökosteuern) neu zu erhöhen, wirkt natürlich einer *Ausweitung* der betroffenen Nachfrage entgegen und ist insofern im Rahmen der Wachstumspolitik nur dann von Interesse, wenn sie zur Substitution durch erneuerbare Energien aktiv beiträgt: Mehreinnahmen an Steuern müßten zur staatlichen Förderung dieser Substitution zielgerichtet eingesetzt werden.

Zu beachten ist: höhere Mehrwertsteuern belasten nicht die nominellen Nettoeinkommen, sondern über die einmaligen Preisaufschläge die realen Nettoeinkommen im Sinne eines inflatorischen Quasi-Preisauftriebs. Damit sinkt die reale Kaufkraft der D-Mark auf dem Binnenmarkt. Der Druck auf eine Kompensation der realen Einkommensverluste würde sich in einem Auftrieb der nominellen Einkommen zu entladen suchen. Das leitet zu neuen Spannungen in den Tarifrunden und in der sozialen Alimentierung über. Dessen ungeachtet führt jede schrittweise Harmonisierung der EU-Mehrwertsteuern ebenso zu diesen ambivalenten Effekten.

2.2.3. Gesamteffekt von Steuer- und Abgabenänderungen

Letztlich besteht ein fiskalisches Problem darin, eine marktkonforme Balance zwischen direkten und indirekten Steuern so zu finden, daß eine künftige EU-Harmonisierung bei den Einnahmen aus den Hauptsteuerquellen schrittweise erreichbar wird. Dies wäre im im Rahmen einer Angleichung der Steuer- und Abgabenquoten am Bruttoinlandprodukt der EU-Staaten durch Umstrukturierung zwischen direkten und indirekten Steuern bedingt vollziehbar und bliebe nicht ohne Wirkung auf die Sozialleistungsquoten in den EU-Staaten sowie der resultierenden Pro-Kopf-Sozialausgaben.

Dabei ist zu beachten, daß jede Umverteilungspolitik über Steuern und Abgaben in der EU different ist, solange die *volkswirtschaftliche* Leistung pro Kopf der EU-Staaten und damit das resultierende Volkseinkommen divergieren. Ebenso müßte im nationalen Rahmen die Steuerpolitik selektiv gezielt bis hin zur Gesamtnachfrage auf den Gütermärkten über *die Rate für Investitionen* positiv einwirken können - eine automatisch nicht sichere Erwartung.

Hier bleibt als denkbarer Impuls offen, den Abfluß von Ersparnissen in die reine Finanzsphäre (als Geldanlage) für die Unternehmen zu mindern, indem die Eigeninvestitionen aus Gewinnen für Investitionen *hauptsächlich ins produzierende Realkapital* steuerlich mehr begünstigt werden als bisher.

2.3. Nachfragepolitik über Lohnpolitik

Aller *Demagogie* in Form des Gezeters über angeblich zu hohe Arbeitskosten zum Trotz, verfügen die (west-)deutschen Produktionsunternehmen (im Durchschnitt) über ausreichende Eigenmittel für Ersatz- und auch Erweiterungsinvestitionen in Form von Cash, Gewinnrückstellungen und Anlagen in Wertpapieren. Die statistischen Nachweise hierfür u.a. von der Bundesbank sind eindeutig positiv.

Die angeblich zu hohen Arbeitskosten in Deutschland haben auch nicht verhindern können, daß die Gewinnquote am Volkseinkommen stieg. Sie haben auch nicht unterbunden, daß die realen Lohnstückkosten im internationalen Vergleich günstig tendieren oder relativ am geringsten steigen, jedenfalls nicht als Wettbewerbsnachteil fungieren.

Dies ist die Folge eines Produktivitätsanstiegs, der den Anstieg der nationalen Arbeitskosten mehrjährig übertraf. Im Resultat sanken die Lohnstückkosten (vorallem in Westdeutschland).

Daher war es nicht abwegig, wenn die Gewerkschaften (mehrheitlich) *zumindest* für Westdeutschland darauf orientierten, den realen Bruttolohnanstieg an die Produktivitätsentwicklung wieder (von unten her) anzupassen und hierbei die z.Z. geringe Preisinflation im Reallohn zu berücksichtigen. Dies sollte eine Stabilisierung der Lohnquote am Volkseinkommen aktiv ermöglichen bzw. zumindest begünstigen. Damit würde das relative Gewicht der realen Massenkonsuntion am gesamtwirtschaftlichen Endverbrauch tendenziell ansteigen. Die Frage ist, ob damit auch die güterwirtschaftliche Gesamtnachfrage positiv einflußbar wird. Dies kann dann der Fall sein, wenn die Reduktion der reinen Geldkapitalanlagen zugunsten von Realinvestitionen einsetzt oder ebenfalls durch höhere Renditechancen begünstigt wird.

Die Erhöhung der Investitions*neigung* der Unternehmen im Produzierenden Bereich ist eine Funktion der zukünftigen Renditen auf den Gütermärkten, die u.a. durch Erhöhung der realen Masseneinkommen positiv veränderbar wird.

Die kaufkräftige Nachfrage wird bedürfnisseitig durch innovative Angebote stimuliert oder/und durch den Nutzungszyklus von langlebigen Gütern für die Haushalte/Privatnutzer beeinflußt. Das real steigende Arbeitseinkommen wirkt vorallem dann als Motor der Massenkonsuntion und ihrer Marktangebote, wenn aus dem Staatsverbrauch keine gleichwertigen Impulse resultieren oder (gemäß der desolaten Haushaltslage) entspringen können.

Die Restriktion der öffentlichen, insbesondere der investiven Haushaltsausgaben läßt also den Weg aus der Binnenmarktkrise zunächst nur über einen potentiellen höheren privaten Konsum aus Arbeitseinkommen erwarten. Rückwirkungen sind dann aus zusätzlicher induzierter Einkommensbildung der zusätzlichen Marktrealisation gegeben.

Hiergegen wird eingewandt: "Es nutzt doch keinem deutschen Arbeitnehmer, wenn mehr importierte Konsumgüter gekauft werden. Es nutzt ihm auch nichts, wenn mehr Fernreisen gebucht werden."⁴ Der Einwand, durch den Kauf von Importwaren sei ein Abfluß von Kaufkraft ins Ausland hinzunehmen, ist zwar richtig, aber völlig eindimensional: er übergeht den dadurch erst für das Ausland bezahlbaren deutschen Exportüberhang bzw. im Finanzrückfluß einen Zuwachs an Anlagekapital auf dem deutschen Binnenmarkt.

Für Ostdeutschland besteht die besondere Lage, daß hier eine tarifliche Lohnanhebung nicht den weiteren Produktivitätsanstieg vorallem im Produzierenden Gewerbe *antizipieren* darf, solange dort ein wirklicher Leistungsrückstand existiert. Dies schließt jedoch einen strikt produktivitätsgemäßen Lohnanstieg nicht aus. Infolge des niedrigen Rentabilitätsniveaus Ost verschärft hier jede Lohnanhebung immer noch den

⁴ Siehe: 1 ebd.

weiteren Rationalisierungsdruck überdurchschnittlich.

Am Ende muß die Struktur des Güterangebots der Struktur der Gesamtnachfrage, d.h. der konsumtiven und investiven Nachfragepotentiale, folgen und ebenso die Aufnahmefähigkeit der Exportmärkte abdecken.

2.4. Nachfragepolitik über Geldpolitik

Die Dämpfung inflationären Preisauftriebs ist eine der zentralen Aufgabe der Geldpolitik, die damit auch den Preisdruck auf die realen Bruttolöhne senkt und eine folgende preisliche "Umverteilung" über sinkende Reallohnhöhe zugunsten der Gewinne ebenso vermermeidert wie bei den anderen realen Geldeinkommen.

Staatliche Nachfragepolitik über begrenzte Defizitfinanzierung wird unwirksam, wenn sie durch die Geldpolitik der Zentralbank restriktiv abgewehrt und damit konterkariert wird. Die Koordinierung von Finanz- und Geldpolitik in Deutschland war zumindest für die erste Phase der Finanzierung der deutschen Vereinigung die Voraussetzung für die Dämpfung des Preisauftriebs aus dem Währungsschock für Ostdeutschland.

In der Folgezeit sekundierte die deutsche Geldpolitik der rigorosen Durchsetzung der Maastricht-Kriterien und erzwang eine Dämpfung der Wirtschaftswachstums zu einer Zeit, in der die USA-Notenbank eine flexiblere Geld- und Wirtschaftspolitik betrieb. Auch für Deutschland gab es die Chance: in Verbindung mit einer produktivitätsgerechten Lohnpolitik war eine Geldpolitik sinnvoll, die den Nachfrageimpuls auf dem Binnenmarkt nicht vorzeitig abdrosselte.⁵

Jetzt aber gilt für Deutschland, daß die EZB übernationale EWU-Geldpolitik zu betreiben hat und damit auf konjunkturelle Sonderabläufe und regionale Tarifabschlüsse in ihren Einzelstaaten nicht dezentral reagieren kann. Dies erhöht die objektiven Zwänge, zu einer in den Grundzügen koordinierten Wirtschaftspolitik, vorallem zwischen Finanz-, Geld und Lohnpolitik innerhalb der EWU überzuleiten.

2.5. Fazit zur aktiven Nachfragepolitik

Die Darlegung hat Begrenzungen aktiver Nachfragepolitik durch den Staat (Defizit- und Umverteilungspolitik), aber ebenso die Chancen durch eine Anpassung der Lohnpolitik gemäß Produktivitätszuwachs seitens der Tarifpartner verdeutlicht.

Das *Potential* einer ausgleichenden Nachfragepolitik, die Extreme der einseitigen Angebotspolitik verringern sollte, ist insgesamt im *jetzigen* Ordnungsrahmen geringer als die momentanen Erfordernisse wünschen lassen, aber es ist keineswegs gleich Null. Hauptthemmnis dafür ist die Schulden-Zins-Falle in Verbindung mit den rigiden EUW-Schranken für höhere Defizite, die eine flexiblere fiskalische Nachfragepolitik á la USA unterbinden. Hier wirkt sich die einseitige monetäre Ausrichtung der früheren deutschen bzw. der jetzigen EWU-Zentralbank nachteilig aus.

⁵ H. Flassbeck in: W. Belitz (Hrsg.), "Wege aus der Arbeitslosigkeit", rororo 1995, S. 67/82

Zum *Kern* der Nachfragepolitik wird also die optimale Stabilisierung der Lohnquote durch eine sozial gerechte produktivitätsbegründete Primärverteilung des Volkseinkommens. Dies bedeutet, die Änderungen der Gesamtnachfrage in Verknüpfung mit den Änderungen der Verteilung zu analysieren und deren Wirkung auf die Netto-Investitionen zu steuern. Die Suggestion, zusätzliche Massenkaufrkraft gehe durch Importe von Konsumgütern oder durch Auslandsreisen unserer Volkswirtschaft verloren, übersieht die für das Ausland erforderliche Kaufrkraftbildung zur Bezahlung zusätzlicher deutscher Exporte.

Staatliche Nachfragepolitik kann (besonders im Rahmen der erforderlichen Minderung der Haushaltsdefizite) nur dann positive Impulse auslösen, wenn sie möglichst hochgradige Refinanzierbarkeit aus zusätzlichen oder höheren Einnahmen erreicht. Unter diesem Aspekt sind investive Programme, die zu Aufträgen für das Verarbeitende und das Baugewerbe führen, nach wie vor zu empfehlen.

Umverteilungspolitik erhöht nur dann den Gesamtverbrauch und damit die Gesamtproduktion, wenn sie letztlich wirksam die Netto-Investitionsrate erhöht und damit die Beschäftigung erweitert, um zumindest den üblichen produktivitätsbedingten Beschäftigungsabbau zu kompensieren.

Dies ist nicht durch eine Senkung der Gewinnsteuern schlechthin zu erreichen, solange fortgesetzte *monetäre Überakkumulation* von anlagesuchendem Geldvermögen stattfindet. Aber durch eine Senkung der Steuern auf reinvestierte Gewinne der produzierenden Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) wird die effektive Netto-Investitionsrate (in Abhängigkeit vom Volumen des höheren Netto-Gewinns) stimulierbar. Solche Erhöhung der faktischen Investitionsneigung im Basisbereich der Wertschöpfung erscheint als ein Zielpunkt von Umverteilungspolitik, die auf eine Markterweiterung und höhere Rendite aus dem Realkapital zielt.

Letztere aber ist *logisch* auch schon als Bestandteil von aktiver Angebotspolitik zu begreifen: Hier stehen also Nachfrage- und Angebotspolitik in "relativer Einheit" einer komplexen Wirtschaftspolitik, die beide in Wechselwirkung die Richtung volkswirtschaftlicher Entwicklung (mit-)bestimmen können. Dies entspringt letztlich der logischen Marktfunktion von Angebot und Nachfrage im Wechselspiel überhaupt.

Im Ergebnis läßt sich ferner feststellen: aktuelle Nachfragepolitik, die auf vorgegebene volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen stößt, muß auch die Kriterien einer einheitlichen Geldpolitik unter EWU-Bedingungen sinnvoll fortentwickeln und die Intergration der noch nationalen Finanz- und Fiskalpolitiken befördern. Diese Deutung setzt aktuelle, moderne Nachfragepolitik *nicht* in einen diametralen Gegensatz zur bloßen Angebotspolitik, sondern zielt auf eine marktkonforme "Schnittmenge" beider. Diese muß zugleich in der notwendigen oder optimalen Stabilisierung der Primärverteilung ihren selbstkritischen Ansatz finden.⁶ Sie sollte auf die dynamische Regulation vorallem der Netto-Investitionen in den produzierenden Bereichen und ihren Dienstleistern zielen und jene Seite von Angebot oder Nachfrage auf dem (Güter-)Markt stimulieren, die sich jeweils gerade als volkswirtschaftliches Hemmnis von nachhaltigem Wachstum und möglichem Beschäftigungszuwachs zeigt.

Damit ist die Fragestellung nach einer makroökonomischen Politik neuen Typs motiviert, deren Grundzüge zu diskutieren bleiben. Dies führt über die Intergration der Verteilungstheorie in die Nachfragetheo-

⁶ Vergl. hierzu auch: Karl Mai, Zur Diskussion über Lohnzurückhaltung und optimalen Lohnzuwachs (1999), in: Memo-Homepage, Forum

rie.⁷

3. Lafontaines Interpretation von Nachfragepolitik

Gestützt auf die vorstehenden Überlegungen ist nunmehr abschließend auf die authentische Linie des früheren SPD-Vorsitzenden in der Nachfragepolitik zurückzukommen. Dazu greife ich auf die Darlegungen in dem Buch *Lafontaine/Müller "Keine Angst vor der Globalisierung"* (1998) zurück, die hier als Konzeption der Wirtschaftspolitik zuletzt zusammenhängend angeboten wurden. Die dortige Linie der Argumentation wurde von O. Lafontaine später nicht verlassen.

Um es ohne weitläufige Zitierungen zusammenzufassen: Es finden sich keine Belegstellen dafür, Lafontaine als einen Verfechter anhaltender *exzessiver* Defizitfinanzierung der öffentlichen Haushalte zu bezeichnen.

Die hierzu gegensätzliche Defizitpolitik der USA im Sinne von antizyklischer Steuerung über automatische Stabilisatoren führe dagegen zu deutlich besseren Konsolidierungsergebnissen der dortigen öffentlichen Haushalte - gleichsam eine praktische Generalbestätigung der diesbezüglichen Auffassung Lafontaines.

Im Zusammenhang mit dem Maastrichter Vertrag tritt er für eine Änderung der strangulierenden Willkür der Verschuldungs- und Defizitkriterien ein, deren ökonomische Berechtigung er in dieser Festlegungshöhe bestreitet. Er fordert mehr Flexibilität in den zulässigen Defiziten für die verschiedenen Konjunkturphasen, aber auch zusätzlich eine bindende Vereinbarung über die Entschuldung der EU-Staaten in Aufschwungphasen.

Die USA-Konjunktursteuerung aus der Sichtweise einer flexiblen Defizitfinanzierung entlang der Kapazitätsauslastung betrachtete er als echt konstruktive Nachfragepolitik. Dagegen finden sich klare Textstellen, wo er gegen eine "chaotische Sparpolitik" der Regierung Kohl argumentierte, die über eine prozyklische Finanzpolitik den Binnenmarkt schädigte.

In der *Zinspolitik* der Bundesbank sah Lafontaine kein Vorbild für eine Wachstumsförderung, insofern sie zeitweilig ihre „Spielräume“ für Leitzinssenkungen nicht ausschöpfen wollte und anderen Intentionen den Vorrang gab.

In der *Lohnpolitik* verfiert er eine produktivitätsorientierte Lohnsteigerung für die Zukunft, um die fortgesetzte Restriktion des Binnenmarktes zu verhindern, die aus neoliberaler "Lohnzurückhaltung" resultieren muß.

In der *Geldpolitik* verweist er auf die Chancen, eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik zu tolerieren. Durch koordinierte Finanz- und Geldpolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung ist die EZB in eine aktive Rolle hierbei einzubinden.

In der *Steuerpolitik* verfehlet er lebhaft jene Linie, die zu einer ausgleichenden Umkehr der Umvertei-

⁷ Vergl.: A. Oberhauser in "Renaissance der Makroökonomik", Metropolis 1998, S. 116

lungspolitik "von unten nach oben" führen soll, um eine Rücknahme der eingetretenen sozialen Schieflast der Besteuerung zu erreichen und den Binnenmarkt durch Massenkauftkraft zu stärken. Hier leugnet er die faktische Möglichkeit, eine *allgemeine* und spürbare Direktsteuerentlastung mit der angesagten Haushaltskonsolidierung zu kombinieren, woraus sich dann auch eingeständenermaßen ergibt, daß eine Mehrbelastung der höheren Einkommen vorerst unvermeidbar würde.

Zur Besteuerung von Gewinnen der Unternehmen vertritt hier Lafontaine eine Position rigoroser Offenlegung bezüglich der bisherigen Begünstigungen einschließlich der Subventionierungen. Aus dem internationalen Vergleich der Steuersätze und Steuerlast zieht er den Schluß, daß deutsche Unternehmen *nicht* benachteiligt sind, sondern im Mittelfeld der direkten Steuerlast liegen. Schließlich warnt er vor einer Forcierung des internationalen Steuersenkungswettlaufs durch die deutsche Steuerpolitik.

In *keiner* hier relevanten Sichtweise hat O. Lafontaine es im Grunde verdient, als Protagonist einer "längst überholten" Nachfragepolitik verleumdet zu werden. Auch der Vorwurf von "vulgärem Keynesianismus" aus dem Munde jener ist unangebracht, die mit der Finanzierung der deutschen Vereinigung durch Eskalation der Staatsverschuldung offenbar übersehen, daß diese ein gigantisches Nachfrageprogramm keynesianischer Art darstellt, dessen Schuldentürme ein "Denkmal" besonderer Art bilden.

Allerdings bietet Lafontaine der neoliberalen Standortdebatte und deren "chaotischer Sparpolitik" voll Paroli. Er muß sich den fast tierischen Haß dieser ganzen Denkrichtung und ihrer Exponenten zugezogen haben, als er nachdrücklich die Rücknahme der sozialen Schieflage in der Verteilung verkündete.

Diesen Versuch hatte er dann als Bundesfinanzminister in der Steuerpolitik tatsächlich gewagt und massiven Widerstand der Unternehmerlobby erzeugt. "Will dieser Mann eine linke Republik?", tönte es zuletzt hetzerisch aus der konservativ-liberalen Presse. Nur so ist der Jubel über seinen Abgang von der politischen Arena zu begreifen.

Es ist das *Verdienst* von O. Lafontaine, eine aktuelle Nachfragepolitik speziell aus parteistategischer Sichtweise der SPD in ihren Konturen vorgetragen zu haben. Nach ihm bleibt die Aufgabe, die Makroökonomie neu um ein ausgereiftes Konzept integrativer Sichtweisen auch auf undogmatische Angebots- und Nachfragepolitik u.a. mit Einschluß der *Kreislauftheorie der Verteilung* zu fundieren.